Bundeswehr in Schulen

Aus dem Antrag werden die Fragen 1 bis 4 wie folgt beantwortet:

3) Die Verwaltung berichtet, wie es zu der Veranstaltung gekommen ist und die Bundeswehr in die Schule eingeladen wurde. Die Verwaltung stellt dar, ob die Schule die Bundeswehr aus Eigeninitiative eingeladen hat oder die Bundeswehr an die Schule herangetreten ist.

Jugendoffiziere der Bundeswehr hatten zu Beginn des Schuljahres Kontakt mit der Schule aufgenommen, indem sie (überraschend) – da weder eingeladen noch angekündigt – in der Schule erschienen und sich mit einem der Oberstufenkoordinatoren über Möglichkeiten einer Informationsveranstaltung der Bundeswehr vor Ort austauschten. Auf der Grundlage, dass beispielsweise in P-Seminaren im Rahmen der Berufsinformation auch externe Experten aus Wirtschaft, Politik etc. referieren, wurde für den 10.1.2014 eine entsprechende Infoveranstaltung ins Auge gefasst – ohne Einbindung der Schulleitung. Planung und Durchführung dieser Veranstaltung fanden ausschließlich auf der Ebene der Oberstufenkoordination statt – bis zum 8.1.2014. An diesem Tag wurde die Schulleitung von der Polizei in Kenntnis gesetzt, dass am 10.1.2014 vor Unterrichtsbeginn eine (vom Ordnungsamt genehmigte) Demonstration der DFG-VK Gruppe Nürnberg-Fürth stattfände, mit dem Ziel, „einige Papierinformationen an die SchülerInnen (zu) verteilen als ‚Ergänzung' zur Karriereberatung der Bundeswehr". Nach Rücksprache mit dem Oberstufenkoordinator genehmigte der Schulleiter die Durchführung der Informationsveranstaltung, da er auf Grund der Informationsmaterialien der DFG-VK, der Anwesenheit des Oberstufenkoordinators und einer Studentin des Politikjournalismus während der Veranstaltung davon ausgehen durfte, dass die im Antrag von Frau Stadträtin Padua vom 23.1.2014 gemachte Aussage bzgl. der Intention derartiger Veranstaltungen eine angemessene Objektivierung erfahren würde.

2) Die Verwaltung gibt Auskunft über Thema und Zielgruppe der Veranstaltung sowie über die Teilnehmerzahl.

Zielgruppe:	11. Jgst.
Teilnehmerzahl:	7 SchülerInnen
Themen:	Alltag und Dienst in der Bundeswehr –Berufs- und Studien-möglichkeiten, Friedens- und Sicherheitspolitik – sicherheitspolitische Herausforderungen im 21. Jahrhundert

1) Die Verwaltung legt dar, ob und wie der Beschluss des Schulausschusses zu Bundeswehr an Schulen vom 23.07.2010 durch das Direktorat des Sigena-Gymnasiums umgesetzt wurde.

Wie oben in 3) beschrieben war das Direktorat bei der Vorbereitung der Veranstaltung nicht eingebunden und konnte deshalb auch den Beschluss nicht umsetzen.

4) Die Stadt Nürnberg appelliert an alle Schulleitungen und Lehrerschaft, keine Jugendoffiziere und Karriereberater der Bundeswehr zu Informations- und Werbezwecken in die Schulen einzuladen.

Der diesbezügliche „Appell“ von Frau Stadträtin Padua ist unangemessen, weil er die schulrechtlich und (bildungs)politisch relevanten Grundlagen und Richtlinien ignoriert:

a) KMS vom 29.9.2009,
b) Stellungnahme Rechtsamt der Stadt Nürnberg vom 12.5.2010,
c) Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr vom 8.6.2010,
d) Beschluss des Schulausschusses vom 23.7.2010.